



Deutscher Bundestag

Bundestag Alemán

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: +49 30 227-77346
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Uwe Kekeritz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Botschaft der Republik Kolumbien in Deutschland
Botschafter Hans-Peter Knudsen

Taubenstr. 23,
D-10117 Berlin

---per Email---

Berlin, 12. Mai 2021

Ihr Schreiben vom 07. Mai 2021 / Gewaltsituation in Kolumbien

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Wir bedanken uns für Ihre freundliche Antwort auf unser Schreiben an Präsident Duque vom 07. Mai diesen Jahres. Wir haben mit Freude zur Kenntniss genommen, dass das Außenministerium Ihre Kommunikation auch in den sozialen Medien verbreitet hat und Sie unserer Diskussion so einen breiten öffentlichen Raum einräumen.

Leider kam es am vergangenen Sonntag, den 09. Mai diesen Jahres, zu weiterer Gewalt und erneuten Übergriffen gegen Protestierende in Cali, sodass wir heute von 52 Toten durch Handlungen der Sicherheitskräfte sowie einem toten Polizeibeamten ausgehen, sowie von 489 Verletzten, von denen 48 durch Schusswaffen hervorgerufen wurden und 33 Augenverletzungen erlitten haben. Nach den Berichten lokaler Menschenrechtsorganisationen sind 69 Menschenrechtsverteidiger:innen Opfer von Aggressionen bei der Ausübung ihrer legitimen Arbeit der Beobachtung der Ereignisse geworden. Uns wurde weiterhin berichtet, dass von den 1.365 Festnahmen eine hohe Zahl willkürlich gewesen sei und es zu Fällen von unmenschlicher Behandlung von Festgenommenen gekommen sei. Erschreckend hoch erscheint uns auch die Zahl der 435 Verschwundenen in Zusammenhang mit den Demonstrationen.¹

Insgesamt hat sich die Zahl möglicher Opfer von exzessivem Gewalteinsatz offenbar erhöht. Besonders besorgniserregend war es für uns zu beobachten, dass es zum Einsatz von Schusswaffen von Personen in Zivil gegen Demonstrierende in Cali kam, während sich Polizeikräfte in Uniform offenbar in unmittelbarer Nähe befanden, wie es aus Videos vom vergangenen Sonntag hervorgeht. Die Zeugenaussagen, dass einige der gewalttätigen Demonstrierenden in Polizeifahrzeugen von den Demonstrationen abtransportiert wurden, werfen

¹ <https://defenderlalibertad.com/boletin-informativo-10-paronacional/>



ebenfalls Fragen auf. Insgesamt deutet sich an, dass es eine Reihe von Fällen und Situationen gibt, die einer vertieften rechtsstaatlichen Untersuchung bedürfen.

Wir stimmen Ihnen zu, dass es hier dringend effektiver Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft (*Fiscalía*), Disziplinarstaatsanwaltschaft (*Procuraduría*) und der effektiven Kontrolle und Prävention durch die Ombudsstelle (*Defensoría del Pueblo*) bedarf. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren könnten, in wie vielen Fällen die genannten Behörden der zivilen Justiz Ermittlungen aufgenommen haben und ob es Fälle gibt, die in der Militärjustiz ermittelt werden. Wir möchten daran erinnern, dass dem kolumbianischen Staat bereits mehrfach von unabhängiger Seite empfohlen wurde, die Fälle von zivilen Opfern beim Einsatz der Sicherheitskräfte durch die zivile Gerichtsbarkeit zu ermitteln und verhandeln zu lassen.

Wir freuen uns zu hören, dass der Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen fortschreitet und der Präsident konkrete Angebote an die junge Generation macht, wie etwa die Aufhebung der Studiengebühren an staatlichen Bildungseinrichtungen. Dennoch bedauern wir, dass der Dialog mit dem Komitee, das zum Generalstreik aufgerufen hat, am 10. Mai dieses Jahres ohne konkretes Ergebnis geblieben ist. Wir halten es für bedeutend, dass dieser Dialog fortgesetzt wird und denken, dass Cali ein angemessener Ort für die Fortsetzung sein könnte. Die Forderung des Komitees auf den Stopp exzessiver Gewaltanwendung seitens der Sicherheitskräfte können wir angesichts der oben geschilderten Entwicklung nachvollziehen. Die von Ihnen dargestellte strikte Anwendung des Rechtsrahmens und der entsprechenden Protokolle könnte bereits bei den vom Komitee angekündigten Mobilisierungen für Demonstrationen am heutigen Tag sowie einer Vollversammlung am morgigen 13. Mai unter Beweis gestellt werden und somit ein positives Signal senden.

Die von Ihnen betonte Offenheit Kolumbiens für internationale Menschenrechtsbeobachtung ist uns bekannt. Auch die Existenz des Büros der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Kolumbien ist unserer Auffassung nach ein Ausdruck der Anstrengungen Ihres Landes sowie der internationalen Unterstützung der Bemühungen um eine aktive Menschenrechtspolitik. Deutschland hat die Einrichtung und die Arbeit des Büros stets unterstützt und wir glauben, dass es mit seinem Mandat weiterhin einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Kolumbien leisten kann. In diesem Zusammenhang hat uns überrascht, von dem Schreiben der Außenministerin an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte zu erfahren, in dem sie bezüglich der Kritik des Büros und der Hochkommissarin an der Polizeigewalt von einer schweren Verletzung des Vertrauens spricht. Wir haben die Äußerungen der Sprecherin der Hochkommissarin und der Leiterin des Büros in Kolumbien als vollumfänglich angemessen wahrgenommen und möchten Sie, wie bereits in unserem ersten Schreiben, darum bitten, die Unterstützung des Hochkommissariats bei der Aufarbeitung der Fälle sowie der strukturellen Verbesserung für die Einhaltung der internationalen Normen bei Polizeieinsätzen anzunehmen.

Wir danken Ihnen nochmals für Ihre Offenheit und freundliche Kommunikation.

Hochachtungsvoll,



Deutscher Bundestag

Bundestag Alemán

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: +49 30 227-77346
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Uwe Kekeritz, Bündnis 90/Die Grünen

Margarete Bause, Bündnis 90/Die Grünen

Heike Hänsel, Die Linke

Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Bettina Hoffmann, Bündnis 90/
Die Grünen

Norbert Altenkamp, CDU

Helge Lindh, SPD

Ottmar von Holtz, Bündnis 90/Die Grünen

Simone Barrientos, Die Linke

Frank Schwabe, SPD

Kai Gehring, Bündnis 90/Die Grünen

Michel Brandt, Die Linke

Eva-Maria Schreiber, Die Linke



Cc:

Verteidigungsminister Diego Molano

Generaldirektor der Nationalpolizei, Generalmajor Jorge Luis Vargas Valencia

Generalkommandeur der Streitkräfte General Luis Fernando Navarro Jiménez

Delegation der EU in Kolumbien

Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Kolumbien

Kolumbianische Botschaft Berlin

Deutsche Botschaft Bogotá

Auswärtiges Amt